

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallner Zeitung)

Anzeigen
kosten die einseitige Kolonelle
oder deren Raum 15 Wfg.
Für auswärtsige Besteller 20 Wfg.
Reklamen 60 Wfg.

Bezugspreis
monatlich 80 Wfg., mit Bringer-
10 Wfg. 88 Wfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Wfg.
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag

Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 18.

Dienstag, den 11. Februar 1919.

27. Jahrgang

Bekanntmachung über Zahlungsverkehr.

Folgende Verfügungen des Generals Mangin, Oberbefehlshaber der 10. Armee, die Erleichterung zur Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens im Rheinland betreffen, werden hiermit der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht.

Sämtliche Zahlungsverfahren, welche durch den genehmigten geschäftlichen Verkehr herbeigeführt werden, können vom 8. Februar an mit dem unbefehlten deutschen Gebiet zur Ausführung gebracht werden, unter der Bedingung, daß es durch Vermittlung einer von der französischen Verwaltung speziell bezeichneten Behörde geschieht.

Die zu diesem Zweck bis auf weiteres befähigten Banken sind:

Reichsbank Filiale Mainz
Diskonto-Gesellschaft
Kronenberger u. Co.

Die Beteiligten können sich deshalb nach freier Wahl an eine dieser Banken wenden.

Postanweisungen für das unbefehlte Gebiet können ohne weitere Kontrolle eingesandt werden, falls dieselben die Summe von 50 Mk. nicht übersteigen.

Anweisungen von höheren Beträgen werden nur bei ganz besonderen Gründen angenommen.

L'Administrateur de Wiesbaden-Ville.

Ordre.

Le conseil de guerre de la 51^e D. I., dans sa séance du 1^{er} fevr. 1919 a condamné le nommé Bach Hermann et Kanne Karl, demeurant à Biebrich, chacun à Cinq Cents Francs d'amende pour vol simple, et le nommé Kuch Heinrich, de Biebrich, à un an de prison pour le même motif.

Befehl!

Das Kriegsgericht der 51. D. I. hat in seiner Sitzung vom 1. Februar 1919 die genannten Bach Hermann und Kanne Karl, beide wohnhaft in Biebrich, zu je fünfhundert Francs Geldstrafe, wegen einfachen Diebstahls verurteilt und den Kuch Heinrich aus denselben Grunde zu einem Jahre Gefängnis.

Q. G., le 3 fevrier 1919.

Le Général ECCOCHARD, cdt. la 51^e D. I.
signé: ECCOCHARD.

Pour copie conforme:

Le Lt. Colonel Fabre Administrateur militaire du cercle de Wiesbaden (Campagne)

Wiesbaden le 5 fevrier 1919.

Bekanntmachung.

Herr Karl Fr. Eichenberger, hier, teilt uns mit, daß er nicht identisch ist mit Herrn Sanitätsrat Dr. med. Friedrich Eichenberg, Adolfsallee 47, welcher vor kurzem wegen Beleidigung einer Belgierin, die er mit den Worten „pourrie de française“ beschimpfte, zu sechs Monaten Gefängnis, 500 M. Geldstrafe und 5 M. Entschädigung verurteilt wurde.

Le Lt. Colonel Fabre Administrateur militaire du cercle de Wiesbaden (Campagne)

Wiesbaden le 5 fevrier 1919.

Bekanntmachung.

An dem am 2. d. M. stattgefundenen Appel der deutschen demobilisierten Militärpersonen, habe ich bemerkt, daß die deutschen demobilisierten Offiziere mit den Mannschaften angetreten sind.

In Zukunft sollen für die demobilisierten Offiziere spezielle Listen geführt werden und brauchen sich dieselben nur auf besonderen Aufruf zu melden.

Der kommandierende General der 51. I. D.
gez. ECCOCHARD.

Pour copie conforme:

Le Lt. Colonel Administrateur militaire du cercle de Wiesbaden (Campagne)

Bekanntmachung.

Der Höchstkommendierende der alliierten Armeen gibt hiermit bekannt, daß folgende deutsche offizielle Zeitungen in das besetzte Gebiet eingeführt werden dürfen:

- 1) der „Reichsanzeiger“
- 2) die „Staatsanzeiger“ von:

Preußen, Bayern, Oldenburg und Hessen.

Um aber die Kontrolle über diese Zeitungen zu führen, müssen alle deutschen Behörden dieselben gleich nach Erhalt dem Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne) vorlegen.

Wiesbaden, le 5 fevrier 1919.

Le Lt. Colonel Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne).

Fabre.

Vorschriften über den Postkartenverkehr zwischen dem besetzten und unbefetzten Deutschland.

Am 5. Februar 1919 treten folgende Vorschriften in Kraft:

- 1) Der Postkartenverkehr zwischen dem besetzten und unbefetzten Deutschland ist zugelassen.
- 2) Die Postkarten dürfen nur Familiennachrichten enthalten.
- 3) Die Postkarten müssen sehr leserlich und möglichst in lateinischer Schrift geschrieben sein; außerdem mit Namen und vollständiger Adresse versehen sein.
- 4) Die einzig zugelassenen Sprachen sind Französisch und Deutsch.

Wiesbaden le 5 fevrier 1919.

Lt.-Colonel Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne)

Fabre.

Bekanntmachung.

Sämtliche Annoncenentnahmen des Landkreises haben ihre Programme und Films der unterzeichneten Behörde zur Zensur vorzulegen.

Wiesbaden le 5 fevrier 1919.

Le Lt.-Colonel Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne).

Fabre.

Bekanntmachung.

Im Interesse der Industriellen und Kaufleute des Brückenkopfes und zur Vermeidung von Irrtümern und Verzögerungen bei Gesuchen um Genehmigung von Eisenbahntransporten hält es das Office Général de Ravitaillement für zweckmäßig, einige ergänzende Angaben zu der Bekanntmachung zu erlassen, die die Eisenbahndirektion in den Zeitungen vom 28. Januar hat erscheinen lassen.

Das Office Général de Ravitaillement ist geschaffen worden, um den lokalen deutschen Behörden die Gelegenheit zu geben, die Leitung der Versorgung und der wirtschaftlichen Fragen selbst zu übernehmen, die früher durch die Organe in Berlin und Frankfurt a. M. ausgeübt worden sind. Die Section III im besonderen stellt durch die großen Vereinigungen (Handelskammern, Spandikate, Handelsgesellschaften) das ausführende Organ der Section economique de Wiesbaden dar. Sie ist in dieser Eigenschaft, unter Kontrolle des Lieutenants Colonel Administrateur du District, der obligatorische Vermittler zwischen den Industriellen und Kaufleuten des Brückenkopfes einerseits und zwischen dieser Section economique andererseits.

Was die Transporte anbelangt, so besteht ihre Aufgabe darin, die Gesuche entgegenzunehmen und zu sammeln, die Richtigkeit der Form dieser Gesuche nachzuprüfen und sie den französischen Behörden zu übermitteln. Es ist verständlich, daß Gesuche, die nicht durch eine damit beauf-

tragte amtliche Stelle gelaufen sind, keine Aussicht haben in Erwägung gezogen zu werden.

Es ist deshalb erforderlich, sich vom 3. Februar ab genauestens an die folgenden Bestimmungen zu halten, die von dem Lieutenant Colonel Administrateur du District genehmigt worden sind.

1. Die Industriellen und Kaufleute, welche um Genehmigung von Transporten einkommen wollen, haben sich nicht mehr an den Ortskommandanten, sondern an den Administrateur ihres Kreises zu wenden.

2. Der Administrateur des Kreises prüft die Begründetheit des Gesuches und spricht sich über seine Wichtigkeit und Zweckmäßigkeit aus. Er gibt dem Antragsteller die Genehmigung, das Gesuch abgeben zu lassen.

Gesuche, die nicht durch den Administrateur des Kreises begutachtet sind, werden von dem Lieutenant Colonel, Administrateur du District nicht in Erwägung gezogen.

3. Die Gesuche werden sodann durch Vermittlung des Office Général, welche prüft, ob die vorgeschriebene Form genau erfüllt ist, dem Lieutenant Colonel, Administrateur du District vorgelegt, der sie direkt weiterreicht an die Section economique de l'Armee.

Die Gesuche sind in vierfacher Ausfertigung einzureichen und haben folgende Angaben zu enthalten:

1. Name des Absenders,
2. Bezeichnung der Ware,
3. Zahl der Stücke und ungefähres Gewicht,
4. Abgangsbahnhof,
5. Bestimmungsstation,
6. Entscheidung der Section oder des Komitees (genehmigt oder abgelehnt),
7. Datum der Entscheidung,
8. Registernummer der Entscheidung.

(6, 7 und 8 auszufüllen durch die Section economique oder das Komitee).

Außerdem müssen Gesuche, die die Ausfuhrerlaubnis von Transporten in das unbefetzte Deutschland zum Gegenstand haben, die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß die nachgesuchte Ausfuhr die am 15. Januar 1919 vorhandenen Vorräte nicht in Anspruch nimmt.

Wiesbaden, den 4. Februar 1919.

L'Administrateur du Cercle de Wiesbaden-Campagne

Die Nationalversammlung.

3. Sitzung

Präsident Dr. David eröffnete die Sitzung um 3.25 Uhr. Zunächst wurde eine Reihe weiterer Glückwunschkarten und Telegramme verlesen.

Sodann wurde das Ergebnis der Schriftführerwahl bekanntgegeben. Gewählt sind: Richard Fischer (Rechtssozialist), Dr. Krümmann-Hofer (Demokr. Partei), Stüdlén (Rechtssoz.), Dr. Pfeiffer (Zentrum), Kempe (Deutsch. Volksp.), Boly (Zentr.), Ralfevitz (Deutschnat. Volksp.) und Frau Agnis (Unabhängige).

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Staatssekretär Dr. Preuss ergriff das Wort zur Begründung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Er führte u. a. aus: Die Schaffung einer Verfassung für das Reich liegt Ihnen ob. Der Verus und die Vollmacht zur Schaffung dieser Verfassung liegen in der Souveränität der Nation. Deutschland wird eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter der Mitwirkung aller seiner Mitglieder. Wenn über manches Zweifel bestehen mag: die Forderung der Einheit ist die Forderung der ganzen Nation. Heute ein Volk nach schweren Kriegen, nach dem Verlust eines der gewaltigsten Kriege der Weltgeschichte, ein Volk aber, dem die Art, wie es an der Front und hinten im Lande, diese schweren vier Jahre durchgelitten hat, das Recht gibt auch nach dem Verlust dieses Krieges vertrauensvoll in die eigene Zukunft zu blicken, auch gestützt auf die Leistungen und auf die Loyalität des Volkes an der Forderung festzuhalten, daß es auf diesen Sturz einen Aufschwung geben wird und geben muß, für den die Grundlagen zu legen, der hohe heilige und schöne Beruf dieser Versammlung ist. (Lebh. Bravo!) Es bedarf das, was durch die Revolution geschehen ist, nunmehr der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung durch diese hohe Versammlung. Das Reich als solches, die Gesamtheit der deut-

ichen Nation, von der wir nach den Kundgebungen die-
ser Tage hoffen und erwarten dürfen, daß sie sich durch
den Eintritt unserer deutschen Brüder in Oesterreich
vervollständigen wird, ist der erste Gedanke, den wir
in den neuen Zustand hinübertragen. Auch in den
Wirren der letzten Vergangenheit ist in allen Stürmen
und Zwischenfällen, die mit dem revolutionären Zu-
stand untrennbar sind, im großen und ganzen der ord-
nungsmäßige Gang der Geschäfte im wesentlichen auf-
rechterhalten worden. Und ich glaube, an dieser Stelle
den Kräften des Beamtentums, die sich ohne
Rücksicht auf politische Überzeugung in dem Dienst der
Aufrechterhaltung der vaterländischen Ordnung und der
Erledigung der vaterländischen Geschäfte gestellt haben.
Anerkennung auszusprechen zu dürfen (Beifall.) Der
Staatssekretär begründet dann die einzelnen Punkte des
auch von uns veröffentlichten Verfassungsentwurfes und
schließt: Wie es bei einem Kompromißvorschlag nicht
anders sein kann, wird das, was vorgeschlagen wird,
weiteren Teilen nicht gefallen, dem einen zu viel, dem
anderen zu wenig geben. Das kann nicht anders sein;
aber die Hoffnung möchte ich aussprechen dürfen, daß
der Gedanke, der diesem Kompromißentwurf zugrunde
liegt, der Gedanke der Vereinbarheit, der Gedanke, auf
dem Wege des möglichst geringsten Widerstandes dem
neuen zu schaffenden Deutschen Reiche sobald wie mög-
lich eine anerkannte Regierung zu geben; daß dieser
Gedanke auf allen Seiten dieser hohen Versammlung
Anklang finden möge. Es wird zugleich der erste und
wahrlich nicht bedeutungslosste Schritt zum Wiederauf-
stieg des deutschen Volkes sein. (Beifall.)

Vizepräsident Haußmann: Vormeldungen lie-
gen nicht vor. Die erste Beratung ist geschlossen. Da-
mit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag, den 10. Februar, nach-
mittags 3 Uhr: Zweite Beratung des Gesetzentwurfes
über die vorläufige Reichsgewalt. — Schluß nach 4 Uhr.

Reichspräsidenten-Wahl.

Die Wahl des Reichspräsidenten dürfte frühestens
am Mittwoch vorgenommen werden. Es wird allge-
mein angenommen, daß ein Sozialdemokrat und zwar
Ebert zum Reichspräsidenten gewählt wird.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Für die nächste Zeit steht eine Vorlage über
die Teilung des Reichsschatzamtsses be-
vor. Diese Teilung entspricht an und für sich keinem
neuen Gedanken, vielmehr hat die ungeheure Arbeits-
last, die das Reichsschatzamt zu bewältigen hat, schon
längst Pläne zu seiner Entlastung reif gemacht. Die
Kriegswirtschaft und die Notwendigkeit, dem erhöhten
Geldbedarf des Reichs reichliche neue Finanzquellen zu
erschließen, haben die Arbeit nicht geringer werden las-
sen. Daraus erklärt es sich, daß man, dem Beispiel
anderer Länder entsprechend, Erwägungen darüber an-
gestellt hat, ob nicht eine Verteilung in ein Reichs-
schatzamt, dem die Steuern und Zölle zu unter-
stellen wären, und in ein Reichsschatzamt, das die
Reichsbetriebe, Reichsverkehrsanstalten, Reichsmonepo-
le zu verwalten hätte und demgemäß natürlich auch an
den kommenden, im Rahmen der Sozialisierungsbestre-
bungen liegenden Verstaatlichungsplänen beteiligt wird,
auch bei uns zweckmäßig sei.

Es darf als unbedingt sicher gelten, daß der
Nationalversammlung die Aufgabe gestellt wird, die
neuen Steuergesetze zu verabschieden und im
Rahmen eines Notetats die Grundlage für eine
wenigstens vorläufig geordnete Reichsfinanzwirtschaft
zu schaffen. Mit den Steuergesetzen soll nicht bis
zum verfassungsmäßigen Reichstag gewartet werden. Die
neue Kreditvorlage wird schon Anfang nächster Woche
beraten werden. Sie befaßt sich, wie schon gemeldet,
auf einen angeforderten Betrag von 25 Milliarden.

Rote Rosen.

Roman von O. Conrith-Mahler.

Nachdruck verboten.

Josta hatte sich freilich den Anschein ge-
geben, nichts bemerkt zu haben; aber der kleine
Hörschall hatte ihr zu denken gegeben. Graf Rainer
hatte die Hand der Herzogin an seine Lippen geführt
und hatte ihr geantwortet, daß er sich sehr glück-
lich schätze, mit seiner jungen Frau einer sol-
chen Auszeichnung gewürdigt zu werden, und dann
waren sie huldvollst entlassen worden.

Wenn Josta nicht zufällig Zeugin des Gesprächs
zwischen ihrem Vater und ihrem Verlobten gewesen
wäre, so hätte sie entweder dieser kleinen Szene keine
Bedeutung weiter gegeben, oder sie hätte Rainer ruhig
gefragt, was die hohe Frau gemeint hätte mit den
Worten: „Es ist ja nun alles gut.“ Aber so brachte
sie den Ausbruch der Herzogin mit der Herzogs-
affäre ihres Verlobten in Verbindung und wollte nicht
daran rühren. Vielleicht hätte er ihr auch keine Ant-
wort darauf gegeben, wie neulich auf ihre Frage,
warum er dem Hofe so lange fern geblieben war.

So stand sie also vor einem halbenthaltenen Ge-
heimnis und konnte es doch nicht ganz ergründen.
Denn auch an den Vater durfte sie sich nicht mit
einer Frage wenden, wenn sie nicht verraten wollte,
was sie neulich erlauscht hatte. Ihr Stolz hätte es
überhaupt nicht zugelassen, sich ein Vertrauen zu er-
wünschen, das man ihr nicht freiwillig bot. Und
außerdem war sie zu klug, um sich nicht zu sagen,
daß selbst dem Herzog an der Wahrung dieses Her-
zensgeheimnisses ihres Verlobten gelegen sein mußte.

Und das machte ihr die Vermutung zur Ge-
wissheit, daß die Frau, die Rainer liebte, zur engsten
Umgebung des herzoglichen Paares gehörte.

Weil Josta nun keinen Menschen hatte, zu dem sie
mit ihren Zweifeln und Unruhen hätte flüchten kön-
nen, so nahm sie wieder zu ihrem Tagebuch Zuflucht,
um sich vom Herzen zu schreiben, was sie bedrückte.

Dies Tagebuch war ihr in diesen Tagen ein be-
sonders lieber und treuer Freund geworden, dem sie

Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, be-
sichtigt die preussische Regierung, die Nationalversam-
lung für Preußen anfangs März nach Berlin einzube-
rufen. Auch die Nationalversammlungen der übrigen
Bundesstaaten sollen im März zusammentreten.

Bei den Besprechungen über den Fortgang der
Nationalversammlung ist man, wie die Telegraphen-
Union meldet, zu der Ueberzeugung gelangt, daß es
unmöglich sein werde, in der vorgesehenen Frist von
zwei Monaten die Arbeiten zu erledigen. Die Parteien
sind deshalb mit der Regierung in Verhandlungen ein-
getreten, und diese hat ihre Zustimmung dazu gegeben,
nach den Osterferien, die am 1. April beginnen sollen,
eine zweite Tagung einzuberufen, und zwar
nach Berlin.

Deutsch-Oesterreich.

In würdiger und eindringlicher Weise ist nach einer
Medlung aus Wien die vorläufige deutsch-österreichi-
sche Nationalversammlung durch eine rüh-
mlich und vorwärtende Rede des Präsidenten Dr. Dinghofer
geschlossen worden, nachdem sie vorher noch ein
umfängliches Tagespensum dringender Gesetzesvorlagen,
darunter ein Volkswehrgesetz, erledigt hatte. Man wird
im großen und ganzen dem Lob, das der Präsident
der Nationalversammlung der ganzen deutsch-österreichi-
schen Republik gespendet hat, beipflichten können. Dank
der Sammelungsarbeit der drei politischen Gruppen in-
nerhalb des deutsch-österreichischen Gemeinwesens, der
Sozialisten, der Christlichsozialen und der Freisinnigen,
deren Hauptkontingent die verschiedenen deutsch-natio-
nalen Parteien bilden, allerdings unter ständiger weichen-
der Anerkennung der Führerrolle der Sozialisten, die auch
die wichtigsten Staatsämter, wie den Staatskanzler-
posten des Auswärtigen und der sozialen Fürsorge, da-
zu mehrere andere Unterstaatssekretärposten, innehalten,
ist es gelungen, ohne wesentliche Reibungen und ohne
große Störungen der öffentlichen Ordnung schiedlich
und friedlich den Rohbau des jetzigen Staatswesens zu
zimmern und mit den unentbehrlichen Noteneinrichtungen zu
versehen. Die hervorragende Staatskunst, die gründ-
liche Organisationsgabe und die heroischen, den red-
nerischen Fähigkeiten des Staatskanzlers Dr. Karl Re-
nner haben an diesem Verlauf der Dinge unzweifelhaft
das vornehmste Verdienst. Aber auch die übrigen Mit-
glieder der Regierung, der Staatsrat und die gesamte
Nationalversammlung haben sich ernstlich und erfolgreich
bemüht, den Geist der Versöhnlichkeit festzuhalten und
in einigem Schaffen einen Rohbau aufzurichten der den
Interessen der Gesamtheit möglichst gut entspricht. Das
allergrößte Verdienst der vorläufigen Nationalversam-
lung ist aber der am 12. November 1918 verkündete
Anschluß an Deutschland. Durch diesen Be-
schluß hat sie der großdeutschen Bewegung den ersten
Anstoß gegeben und alle mit dem Wiederaufbau des
alten Oesterreichs in irgendeiner neuen Form liebäugeln-
den Bestrebungen in den Hintergrund gedrängt. Dadurch
wurde die Grundlage geschaffen für den Aufbau des
größeren Deutschlands, der jetzt in Weimar unter dem
jubelnden Beifall des gesamten deutschen Volkes begon-
nen worden ist.

Neue Unruhen in Berlin.

Samsdag mittags 1 Uhr bekamen Regierungstruppen den Befehl, die Gegend zwischen dem
Alexanderplatz nach dem Bahnhof Hüttenstraße abzusperren und
dort Hausdurchsuchungen nach Waffen vorzunehmen. Diesen
Regierungstruppen leisteten in der neuen Schönhauser-
straße, Ecke Weinmeisterstraße und Rünzstraße, „lie-
gende Händler“ kräftigen Widerstand. Die Händler wei-
gerten sich, die Straße zu räumen, worauf die Regie-
rungstruppen in den Kampf eingriffen. Kurz nach 1
Uhr fielen die ersten Schüsse. Bald darauf wälzten sich
die ersten Verwundeten im Blut. Bis gegen Abend

wären fünf Tote und dreißig Verwundete gezählt.
Die Gegner der Regierungstruppen erhielten von allen
Seiten Zutritt. Sie gingen gegen die Regierungstrup-
pen vor mit dem Rufe: Nieder mit den Unzucht-
gebern! Gegen den späten Abend dehnte
sich die Kämpfe aus. Es scheint, daß bis zum Alexan-
derplatz der Kampf sich ausdehnt. Der frühere Vize-
präsident von Berlin, Eichhorn, soll der Führer
des neuen Putches sein.

Der Waffenstillstand.

Aus der Kommission.

Der Verband weigert sich, den Waffenstil-
land ohne neue Verhandlungen zu ver-
längern. Infolgedessen hat Staatssekretär Erz-
berger als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission
den Verband telegraphisch die
neuen Verhandlungen schon für den 12. d. M.
anzuberaumen, da er unbedingt verlangen müsse, daß
entsprechende Zeit für Verhandlungen freibleibe. Er
würfte sich auch bei den neuen Verhandlungen um die
wichtigsten Fragen, insbesondere um die neuen Ver-
handlungen stattfinden, hängt von dem Beschluß der
Marschalls ab. Zurzeit ist in den Verhandlungen
mit dem Verband beinahe eine vollkommene Stockung
eingetreten.

Nach einer Pariser Meldung der Älteren Pre-
sidenten in einer Konferenz des alliierten Kriegs-
rats die neuen Waffenstillstandsbedingungen zur Be-
sprechung. Der Verband wird auf der strengsten Durch-
führung der neuen Bedingungen bestehen.

Ueber die Aufnahme von Franken in linksrheinische
Heilanstalten werden demnächst ausführliche Bestim-
mungen erfolgen.

Die französische Orientarmee teilt mit,
daß alle Freiheitsbeschränkungen nach dem 1. Fe-
bruar gelassen sind, nachdem er erklärt hat seinen gegen-
wärtigen Aufenthaltsort ohne Genehmigung der Al-
liierten nicht zu verlassen.

Better wird gemeldet: Da die Einzelteile der Ma-
schinen über die abzuliefernden landwirtschaftlichen
Maschinen sechs Tage später als vereinbart
war, überreicht wurde, verzögert sich die Lieferung der
Maschinen um dieselbe Zeit.

Die Lebensmittelversorgung.

Die Alliierten teilen mit, daß die Zufuhr von
Lebensmitteln vom rechten zu
linken Rheinufer zugelassen und ihr An-
kauf im ganzen besetzten Gebiet nicht gehindert ist.

Von zehnjähriger Stelle wird über den Stand der
gegenwärtigen Verhandlungen über die Schiffahrt-
frage und die Lebensmittelversorgung
auf Anfrage mitgeteilt, daß der deutsche Vertreter in
Spaa betont habe, die gegenwärtigen Verhandlungen
hingen unlösbar mit dem Zustandekommen eines ge-
nanzabkommens zusammen. Es sei daher
gebracht, daß die Alliierten alsbald plenipotentiäre
bestimmen. Der französische Vorsitzende erwiderte, daß die
Arbeiten der Finanzdelegierten sich am besten auf den
Ergebnis der schwebenden Verhandlungen aufbauen wür-
den. Der deutsche Vertreter betonte nochmals den Zu-
sammenhang der Arbeiter und wiederholte seine Bitte.

Der Marknotenschmuggel.

Die deutsche Regierung hat bekanntlich vor einigen
Tagen in Spaa erklären lassen, daß sie von der belgi-
schen Regierung geeignete Maßnahmen verlange, durch
die der Marknotenschmuggel vom neutralen
Auslande nach Belgien verhindert wird. Der Vor-
sitzende der belgischen Waffenstillstandskommission in
Spaa meldet jetzt, den deutschen Vertretern, daß die bel-

alles, was ihre Seele bewegte, befehlen konnte, und
von dem sie keine Indiskretion zu fürchten brauchte.
Alles konnte sie niederschreiben, jeder Regung ihrer
Seele konnte sie nachgehen, das war ihr eine Wohltat.
Und so entstand in ihrem Tagebuche eine getren-
nte Schilderung all ihrer heimlichen Kämpfe, all
ihres Hoffens und Furchtens. Offener, wie zu den ver-
trautesten Menschen, konnte sie in diesem Tagebuch
ihren Gedanken Ausdruck geben.

Schloß Ramberg lag in Waldreichtum gegen
einem großen Fluß. Es war ein mächtiges Gebäude
in Ruinenform, aber mit scharfen Ecken. Große Rasen-
plätze, sorgsam gepflegt, mit riesigen Sandsteingrup-
pen als Mittelpunkt, dazwischen ein kernschräg be-
pflanztes Blumenronell, in dessen Mitte ein Spring-
brunnen verträumt plätscherte, füllten die offene Mitte
dieses Hofes.

Niedrige, verschnittene Tugendheden umsäumten die
Rasenplätze. Der breite Mittelweg, der durch diese
Anlagen führte, endete direkt vor einer breiten Frei-
treppe, die zu dem hohen Portal des Mittelbaues
emporführte. Rechts und links von der Freitreppe
führte eine breite Auffahrt bis unter den weit vor-
springenden Portikus.

Ueber dem Portal war das Wappen des Grafen
Ramberg in einem Sandsteinblock gehauen. Das Wap-
pen zeigte einen über drei Rosen springenden Eber,
dem ein Speer in der Schulter lag. Dieses Wap-
pen war auch in der hohen Halle des Mittelbaues
in den Fußboden als Mosaikarbeit eingelegt und nahm
hier riesige Dimensionen an.

Eigenartig war diese Halle angelegt. Sie war
so hoch, als der Mittelbau selbst, und in der Höhe
der ersten Etage lief eine breite Galerie ringsherum.
Riesige, massige Säulen stützten diese Galerie und
darüber hinaus das Ruppeldach, das von einem Rund-
turm gekrönt war.

Um diese Halle gruppierten sich im Mittelbau
nur die großen Festäle, die Bibliothek und der Was-
chenaal. Von der Galerie in der Halle konnte man
auf die Galerien der Festäle, der Bibliothek und des

Wassensaales gelangen. Zu der Treppe eine Treppe
in der Halle empor, und die anderen Galerien waren
durch schmale Gänge mit ihr verbunden, so daß man
oben und unten alle diese Säle betreten konnte.

In diesen imposanten Mittelbau schlossen sich
die beiden Seitensflügel, jeder aus zwei Stockwerken
bestehend, mit ihren langen Zimmerreihen. Der West-
flügel war kostbarer eingerichtet als der Ostflügel,
in dem sich eine Reihe Gastzimmer, Wirtschaftsräume
und Domestikenzimmer befanden, und wo vorläufig
Graf Rainer Ramberg wohnte.

Im Westflügel befanden sich hauptsächlich die Zim-
mer der Schloßherrschaft, die Ahnengalerie und einige
kleinere Empfangsalons.

Die Rückfront des Mittelbaues begrenzte eine Ter-
rasse, die von einer Steinbalustrade abgeschlossen war.
Zu beiden Seiten führten von der Terrasse breite Tre-
ppen hinab auf freies Wiesengelände, das sich bis an
den Fluß erstreckte. Jenseits des Flusses lag pracht-
volles Rambergesches Dorfgebiet mit riesigen Buchen
und Eichen.

Auch sonst war Schloß Ramberg von allen Sei-
ten von Wald umgeben, und an die Rasenplätze an
der offenen Seite des Hofes grenzte der schönste
alte Park, der wieder in dichten Wald auslief.

Der Park war von einem hohen Gitter aus Eisen-
stangen umgeben, und unweit dieses Gitters stand an
der Ostseite des Parkes ein hübsches, villenartiges
Gebäude, der Witwenhof der Gräfinnen Ramberg. Das
Haus war nicht sehr groß, es umschloß nur acht
Zimmer mit Nebengelassen, lag aber mit seiner efeu-
umwachsenen Veranda so recht friedlich und idyllisch im
Grünen, daß man die Gräfinnen Ramberg wohl um
diesen Witwenhof hätte beneiden können.

Freilich mit dem stolzen Schloß verglichen, sah es
recht bescheiden aus, und es mochte wohl mancher
der stolzen Frauen schwer gefallen sein, in dieses Ge-
bäude zu wandern, wenn sie nicht hier den Frieden des
Herzens gesucht hätten.

(Fortsetzung folgt.)

— Frühkartoffelernte! Nicht nur für den eigenen Bedarf, auch für den Markt müssen wir möglichst frühzeitig neue Kartoffeln haben. Ein einfaches Verfahren, um etwa vier Wochen früher Kartoffeln ernten zu können, ist folgendes: Frühkartoffeln lege man in *Asche* nieder, die man sich in den Abendstunden leicht

Unser Landwirtsch.

Die Reichsregierung hat zwei Verordnungen erlassen, die für die neue Wirtschaftsordnung von tief einschneidender Bedeutung sind. Die eine regelt die Fragen der Beschaffung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, und die zweite schafft eine neue Landarbeitersordnung. Beide Verordnungen haben die Genehmigung der landwirtschaftlichen Körperschaften gefunden. Wir stehen nicht an, die Grundgedanken, die durch die beiden Verordnungen verankert werden sollen, als durchaus somatisch zu bezeichnen, müssen grundsätzlich aber doch die Forderung erheben, daß solche einschneidende Maßnahmen, wie sie jetzt getroffen werden sollen, auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung, nicht aber auf dem Wege bloßer Verordnung, die zudem sofort in Kraft treten, getroffen werden müssen.

Für jeden einsichtigen Politiker ist es längst klar, daß eine der Hauptaufgaben des neuen Deutschlands eine wirtschaftliche und großzügige Agrarpolitik sein muß. Deutschland ist durch den unglücklichen Krieg um viele Jahrzehnte in seiner Entwicklung zurückgeworfen worden, und es wird in Zukunft unmöglich sein, in unserer Industrie alle die Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen zu beschäftigen, die vor dem Kriege ihr Auskommen in ihr gefunden haben. Wenn wir nicht wieder Menschen exportieren wollen, werden wir dazu übergehen müssen, aus Deutschland wieder mehr, als es in den letzten Jahrzehnten der Fall war, ein Bauernland zu machen. Um unsere geistig hochstehenden Industriearbeiter aber für die Landwirtschaft zu gewinnen, muß in den Verhältnissen auf dem Lande tiefgreifend Wandel geschaffen werden; wir müssen vor allem darnach trachten, viele freie Bauern auf eigener Scholle in unserem Lande zu schaffen.

Jeder einsichtige Politiker ist sich darüber klar, daß uns gerade jetzt eine gemeinnützige Bodenpolitik nottut, daß durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreformen durchgeführt werden müssen. Wir müssen darnach trachten, eine Wohnung und Erwerbsmöglichkeit der bäuerlichen Betriebe herbeizuführen unter Heranziehung von Staatsdomänen und des unwirtschaftlich ausgedehnten Großgrundbesitzes, natürlich gegen Entschädigung. Die neue Reichsverordnung hält sich im Großen und Ganzen im Rahmen dieser Forderungen. Sie verpflichtet die Bundesstaaten, nach Bezirken geteilt, gemeinnützige Siedlungsunternehmen zu gründen, denen die Schaffung von Siedlungsland obliegt. Sie enthält ferner besondere Bestimmungen über die Aufteilung des Großgrundbesitzes und erteilt den aus den Ansiedlungsbezirken zusammengefügten landwirtschaftlichen Verbänden in Fällen dringenden Bedürfnisses auch das Enteignungsrecht bezüglich der großen Güter, Kriegsgewinnler, Spekulant, Parzellanten, schlecht wirtschaftende Gutbesitzer und andere, die sich während des größten Teiles des Jahres nicht auf dem Lande aufhalten und nur von der Grundrente leben, sollen vom Lande entfernt werden, Musterhäuser hängen, die wirtschaftlich und sozial vorbildlich sind, sollen erhalten bleiben. Zirkonmische, Stämm- und Lehnsgüter sollen beschlagnahmt werden.

Die Verordnung sieht auch Maßnahmen vor, um die Selbsthaltung der Landgemeinden oder Gutbezirke zu begünstigen. Die Landgemeinden oder Gutbezirke können angestrichen werden, der in ihren Bezirken beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitern für ihre Haushaltungen Pachtland zur Verfügung zu stellen; sie dürfen solches Land gegebenenfalls zinsweise durch Enteignung erwerben. Die andere Verordnung, eine Landarbeitersordnung, schafft Schutzmaßnahmen zu Gunsten der landwirtschaftlichen Arbeiter. Die Regelung soll nur vorläufig sein, und die Schaffung eines Landarbeitersrechts späterer Zeit vorbehalten bleiben. Zunächst soll den städtischen Arbeitern nur zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie durch die Überbevölkerung auf dem Lande ihre Lebensverhältnisse nicht verschlechtern, im Gegenteil in mancher Hinsicht verbessern.

Die Arbeitszeit auf dem Lande soll in vier Monaten des Jahres täglich acht Stunden, in vier Monaten zehn Stunden und in weiteren vier Monaten elf Stunden betragen. Überstunden müssen besonders vergütet werden. In Betrieben, die Arbeiterauschüsse haben, muß nach Anhörung dieser Ausschüsse eine Arbeitsordnung erlassen und ausgehängt werden. Besondere Vergünstigungen werden den Arbeiterinnen gewährt. Es wird kaum ausbleiben, daß gegen diese neuen Verordnungen und besonders gegen ihre Durchführung viel Einwendungen erhoben werden. Ohne Kärten werden so tiefgehende Maßnahmen, wie diese beiden Verordnungen sie darstellen, auch nicht durchgeführt werden können. Um so erforderlicher erscheint es, daß auf geschmackvollem Wege versucht wird, den großen und obliegenden agrarpolitischen Aufgaben gerecht zu werden.

Die Luftschiffahrt.

Monopol für Flugverkehr.

Das mit Unterstützung süddeutscher Banken gegründete Komitee für internationales Flugwesen verfügt bereits über ein Aktienkapital von etwa 10 000 000 Mark. Der bayerische, württembergische und schlesische Staat haben die Aktienmehrheit in Höhe von 51 Prozent des Aktienkapitals übernommen. Ueber den Beitritt der preussischen Regierung schweben noch Verhandlungen. Da das Komitee auch bereits mit ausländischen Firmen zur Durchführung internationaler Linien Fühlung genommen hat, ist anzunehmen, daß es bei dem Komitee um ein ausschließliches Staatsmonopol in gemischt wirtschaftlicher Unternehmungsform handelt.

Das Luftschiff im Dienste des Verkehrs.

Das englische Luftministerium hat das Ergebnis einer Untersuchung über die Verwendung von Luftschiffen und Flugzeugen zu Verkehrs Zwecken in einer Denkschrift niedergelegt, die sich für eine Zusammenführung der beiden Beförderungsarten ausspricht. Das Luftschiff ist für große Entfernungen und schwere Beladung geeignet; seine Geschwindigkeit ist zwar geringer als die des Flugzeugs, erreicht aber immerhin 114 Kilometer in der Stunde, womit es allen Beförderungsmittele zu Lande und zu Meer überlegen ist. Maschinenschlepper oder sonstige Ausbesserungen, sogar den Austausch von Zylinder kann es schwebend übernehmen, während das Flugzeug zu solchen Zwecken landen muß.

Für weite Flüge über Meer oder große Waldflächen, sowie über ununterbrochene Strecken von 1500 Kilometern und mehr ist daher das Luftschiff dem Flugzeug überlegen. Auch bietet das flatternde Luftschiff die besten und bequemsten Einrichtungen für Reisende, deren sichere Beförderung durch die Tatsache verbürgt wird, daß in England während des Krieges bei einer Gesamtzahl von 83 000 Flugstunden und vier Millionen Kilometern Flugstrecke nur ein Luftschiff durch Brand verunglückt ist. Die Ursache sei überdies sofort erkannt — es geschah bei dem Probeflug eines neuen Modells — und für immer ausgeschlossen worden. Dem Einwurf, daß die Luftfahrt zu sehr mit Witterungsbedingungen rechnen müsse, wird mit der Feststellung begegnet, daß das vergangene Jahr bis zu Ende November nur neun Tage anwies, an denen in England keine Luftschiffe fuhren; und die britischen Inseln hätten doch so ungefähr die schlimmsten Witterungsverhältnisse der Welt. Auf langen Fahrten könne man günstigen Winden folgen; andererseits sei das Luftschiff wegen seiner langen Schwebzeit in der Lage, widrige Ausdrucksflächen zu umgehen oder zu überfliegen. Die vereinigte Verwaltung der beiden Luftfahrzeuge denkt das Ministerium sich so, daß Standorte für starke Luftschiffe, hauptsächlich für überseeischen Verkehr, in Entfernungen von 3—5000 Kilometer angelegt werden sollen, während Flugzeuge, deren Bereich sich auf 800—1200 Kilometer erstrecken ließe, aus den benachbarten Gebieten die Güter und Reisenden heranzuführen würden. So könnte für das europäische Festland ein Luftschiffdienst von London nach New-York eingerichtet werden, wozu Fracht und Reisende aus Paris, Rom und andern Orten durch Flugzeug hinzubringen wären. Das Flugzeug würde mit der Eisenbahn, das Luftschiff mit dem Dampfschiff in Wettbewerb treten. Für das Luftschiff braucht höchstens die Hälfte der durchschnittlichen Schiffschiffahrt angelegt zu werden. Im mittleren Afrika, wo sowohl die Landstraße wie das Flugzeug mit großen Geländeschwierigkeiten zu kämpfen haben, würde das Luftschiff die Verbindung der Eisenbahnlinien herstellen. In weiteren Ausführungen wird auf das letzte deutsche starke Luftschiff — wie es scheint, L. 70 — Bezug genommen, dessen Schwebzeit auf 7½ Tage und eine größte Strecke von nahezu 13 000 Kilometer berechnet wird. Bei solchen Fahrzeugen — leichter als Luft — bedeute die Steigerung der Größenvorgänge, die keiner Schwierigkeit begegne, zugleich eine beträchtliche Erhöhung der Tragkraft, was bei der andern Art keineswegs selbstverständlich sei.

Bermischtes.

Aus der guten alten Zeit. Eine 97jährige, die Witwe Agnes Schmitz in Rodentkirchen bei Köln, die kürzlich auch zweimal ihr Vahrer ausübte, erzählt gern von der guten alten Zeit, wo sie als junges, stilles Mädchen die Milch zur Stadt brachte und für neun Pfennig das Liter verkaufte, wo sie vier Eier für einen Groschen und das Pfund Butter für sechs Groschen abgab. Später war sie Dienstmädchen auf einem der drei großen Kipferhöfe. Ihr Lohn betrug im Jahre zwölf Reichsmark zu je 23 Groschen! Im Jahre der Zerstörung 1850, verdiente ihr Mann täglich zwölf Groschen, und ein Brot kostete elf Groschen.

Schülerstreik gegen Liebknecht Sohn. Der Sohn Karl Liebknechts besucht die Prima des Städtischen Gymnasiums. Nach den Spartakusunruhen erhoben sich Zweifel, ob der Reizungsnehrjährige, der angeblich auch der Spartakistischer Vorwärts-Bewegung angehört hat, in die Schule wieder aufgenommen werden sollte. Ein Beschluß des Provinzial-Schulkollegiums ordnete nun, so berichtet die „Post“, die Wiederannahme des jungen Liebknecht an. Am Mittwoch Vormittag meldete er sich während einer Unterrichtsstunde beim Klassenlehrer. Alle Plätze der Klasse waren besetzt. „Sollen Sie sich einen Stuhl, bis wir Platz für Sie geschaffen haben!“ Auf diese Anordnung des Lehrers erhoben sich sämtliche acht Schüler und erklärten, alle acht Plätze seien frei, denn sie verließen die Klasse, wollten mit Liebknecht nicht zusammen unterrichtet werden. Der Direktor der Anstalt versuchte zu vermitteln, man müsse rein menschlich mit dem jungen Mann Mitleid haben. Die Primaner blieben bei ihrer Weigerung: „Mit Liebknecht haben wir kein Mitleid! Mit einem Mitschüler, der seit Mai v. J. aus der Schule fehlt, um sich staatsfeindlich zu betätigen, der mit Maschinenengewehren auf unsere Väter und Brüder geschossen hat, wollen wir nicht mehr auf einer Bank sitzen.“ Alles Zureden half nichts; die Schüler wollten eine Erklärung ihrer Eltern beibringen, daß sie mit dem Vorgehen der Primaner einverstanden sind. Der junge Liebknecht hat vorläufig darauf verzichtet, am Unterricht teilzunehmen. Die Angelegenheit wird wohl, da die Schüler mit dem Streik drohen, noch das Kultusministerium beschäftigen.

Mänschhausen in Amerika. Zwei Handelsreisende,

der eine aus England, der andere aus den Vereinigten Staaten, sprachen über das Wetter in ihrer Heimat. Der Engländer betonte, das Wetter in England hätte nur einen einzigen, allerdings großen Fehler — es sei zu veränderlich. „Man kann an einem Tage“, sagte er, „nur mit einem leichten Sommeranzug spazieren gehen, ohne daß es einem kühl ist. Und am nächsten Tage kann man kaum mit einem dicken Winterüberzieher auskommen.“ — „A“, sagte der Amerikaner, „das ist noch gar nichts gegen das Wetter in Amerika. Meine beiden Freunde Johnson und Jones gerieten eines Tages in New-York. Auf dem Fels lag mehrere Zoll hoch Schnee. Der Streik wurde etwas stillig, und Johnson machte einen Schneeball und warf Jones damit, der nur 15 Ellen von ihm stand. Während der Schneeball durch die Luft flog — ob Sie es mir glauben oder nicht — schlug das Wetter plötzlich um und wurde warm und sommerlich, und Jones ist getroffen worden — von einem Schneeball, glauben Sie? — nein — er wurde von heltem Wasser verbrüht!“ (R. V.)

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Erhebung der Staats- u. Gemeindesteuer. Die Einzahlung der 4. Rate Staats- und Gemeindesteuer hat in der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1919 erfolgen. Nach dieser Frist wird mit der Zwangsversteigerung begonnen.

Schierlein, den 11. Februar 1919.

Der Bürgermeister: C. A. M. H.

Bekanntmachung.

Diesigen zum Fernsprecheverkehr bereits zugelassenen Fernsprecheinnehmer, die aus geschäftlichen Gründen über die Grenzen des Landkreises Wiesbaden hinaus für bestimmte Linien zum Fernsprecheverkehr zugelassen zu werden wünschen, wollen entsprechende Anträge mir einreichen, und zwar längstens bis zum 12. ds. M.

Wiesbaden, den 4. Februar 1919.

Der Landrat

J. V. S. Schierlein

Auch die noch nicht zugelassenen Telefonanschlüsse können auf Antrag freigegeben werden.

Theater-Spielplan.

Nassauisches Landes-Theater in Wiesbaden.

Vom 12. bis 16. Februar 1919.

Mittwoch, Bei aufgegebenem Abonnement! Volkspreis 10. Volksabend: „Traumulus“. Anfang 6½ Uhr. Donnerstag, Ab. D. „Figaro Hochzeit“. Anfang 8 Uhr. Freitag, Ab. D. Zum ersten Male: „Schluck und Schluck“. Anfang 6½ Uhr. Spiel zu Scherz und Schimpf sämtlicher Unterbrechungen von Gerhard Hauptmann. Samstag, Ab. D. „Das Dreimäderlhaus“. Anf. 8 Uhr. Sonntag, Ab. C. „Die Meistersinger von Nürnberg“. Anfang 4 Uhr.

F. W. Kinkel, Gerberei und Lederfabrik Heidesheim (Rheinhausen) und Mainz

abernimmt das Gerben von Grosshäuten, sowie von Kalb-, Ziegen- und kleinen Fellen.

Ankauf von Rohhäuten und Fellen in jedem Umfang.

Fabrikation von Lederwaren, Spezialität Kuntze Geschirre Treibriemen, Massenartikel.

Atelier für mod. Photographie

F. Stritter, Biebrich, Rathausstrasse 34

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder, Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Mass.

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6½ Uhr. Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6½ Uhr geöffnet.

Schulranzen

Größte Auswahl. B. Zigarette. offeriert als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnenstrasse

Reparaturen.

Zwei Korb-Kiepen, geeignet für Bäcker, zu verk.

Kahlert, Wiesbadenerstrasse 16

Schöne 4-Zimmerwohnung oder 3 Zimmer

mit Mansarde sofort oder zum 1. April zu mieten gel.

Zu erfr. in der Geschäftsstelle.

Schöne 4-Zimmerwohnung

und etwas Garten voll Frontspitzwohnung zum 1. April zu mieten gesucht.

Nach. in der Geschäftsstelle

Zu verkaufen: 1 Regal mit Schublade.

1 gr. Schrank zum Aufbewahren von Zeichnungen

etc. und 1 Paar vernickelte Schlittschuhe.

Offerte unter 11

die Geschäftsstelle.

Feiner Rognak-Verfälschung

empfehl.

Flora-Droge

Apoth. Oppenheim

Liefer-Brennholz

so wie Anzündeholz, vollständig trocken, zu kaufen bei

Heinrich Dauter, Lindenstraße 6

Fräulein